

Reparationsdebatte in Genf?

Lloyd George kommt doch zur Völkerbundsversammlung.

Entgegen den bisherigen Londoner Meldungen hat sich Lloyd George, wie die „Daily News“ berichten, nun doch entschlossen, sich zur Völkerbundsversammlung nach Genf zu begeben, um das Reparationsproblem dort zur Debatte zu stellen.

Wie aus Genf gemeldet wird, wird sich Lloyd George in der Frage, ob es ratsam sei, das gesamte Reparationsproblem offen vor der Völkerbundsversammlung darzulegen, zweifellos von dem Käte Valfour und der anderen britischen Delegierten leiten lassen. Es sei jedoch klar, daß ein derartiger Schritt vielseltige Zustimmung finden würde. Auch bestehe Grund zu der Annahme, daß die Franzosen solchen allgemeinen Erörterungen durchaus nicht abgeneigt seien. Einer weiteren Meldung aus Genf zufolge wird Lloyd George wahrscheinlich nächste Woche eine Rede vor der Völkerbundsversammlung halten.

Falls der englische Ministerpräsident tatsächlich nach Genf reisen sollte, wird auch Poincaré zu den Verhandlungen vor dem Völkerbund erscheinen.

Ein Appell an die Reparationskommission.

Erklärung des Reichskanzlers zu den Garantieverhandlungen.

Der Reichskanzler Dr. Brüning hat vor mehreren ausländischen Pressevertretern die Ansicht der Reichsregierung über die Unterbrechung der deutsch-belgischen Garantieverhandlungen auseinandergesetzt und bei dieser Gelegenheit einen dringenden Appell an die Reparationskommission gerichtet, einer Verlängerung der Lauffrist der Schatzwechsel zuzustimmen, da dies die einfachste und wirksamste Lösung der Garantieforderung sei.

Der Kanzler betonte, die deutsche Regierung habe ernstlich versucht, den Beschluß der Reparationskommission über die Barzahlungen dieses Jahres zu einem positiven Ergebnis zu machen. Sie sei sofort mit den Vertretern der belgischen Regierung in Verhandlungen eingetreten und habe Vorschläge gemacht, um die für Belgien auszustellenden Schatzwechsel zu garantieren. Die autonome Reichsbank habe sich bereit erklärt, die Schatzwechsel zu unterschreiben und damit zu garantieren. Sie stelle allerdings die Bedingung, daß die Lauffrist über sechs Monate hinaus verlängert werden müsse. Dies war notwendig für ein nach kaufmännischen Gesetzen und kaufmännischer Ehre handelndes Bankinstitut, weil die Reichsbank die Summe von 280 Millionen Goldmark nicht innerhalb 6 Monaten einlösen könnte. Ferner war die deutsche Regierung bereit, mit der Industrie und den deutschen Privatbanken in Verhandlungen über eine ergänzende Sicherheit einzutreten und auch die bereits bestehende Fühlung mit dem Auslande, besonders mit England, wegen Uebernahme eines Teiles der Garantien zu einem positiven Ergebnis zu führen.

Leider sei alles in Frage gestellt worden, weil die belgische Regierung an dem Schema des Beschlusses der Reparationskommission festhielt, der von sechsmonatigen Schatzwechseln sprache. Die Reparationskommission habe es auch jetzt noch in der Hand, das belgische Bedenken zu beseitigen, indem sie in eine Verlängerung der Lauffrist einwilligt. Dies wäre die einfachste Lösung der Lage. Aber man darf keine Zeit verlieren, denn in dem Zustand, in dem sich Deutschland befindet, bedeutet jeder Tag eine Verschlechterung der Finanzlage und damit eine Verminderung der Reparationskraft. Die deutsche Regierung sei zu jeder Regelung bereit, die sie nach gewissenhafter Prüfung vor dem deutschen Volke vertreten kann. Aber sie müßte es ablehnen, Verpflichtungen auf sich zu nehmen, von denen sie überzeugt ist, daß sie nicht geleistet werden können und daß sie auch gar nicht der Förderung des Hauptzweckes dienen, nämlich der endgültigen Lösung der Reparationsfrage und damit der endlichen Beruhigung Europas und der Welt.

Immer noch Hoffnung.

Wie die über gute Beziehungen mit dem Pariser Auswärtigen Amt verfügende „Times“ aus Paris meldet, wird dort zugegeben, daß die Rückkehr der belgischen Delegierten aus Berlin nicht einen endgültigen Bruch bedeute. Die Hoffnung auf eine Regelung sei auf keinen Fall aufgegeben. Ein Vorschlag gehe dahin, diese Frage dem Völkerbunde (?) zu überweisen.

Der Orientkonflikt.

Ein Aufruf Kemal's an das türkische Volk.

Der griechisch-türkische Krieg scheint mit der Räumung Kleinasiens durch die Griechen noch nicht abgeschlossen zu sein. Die Regierung von Angora hat wenigstens bis jetzt auf das griechische Waffenstillstandsgebot noch nicht geantwortet. Es ist klar, daß die Türken sich bei der Verfolgung ihres Sieges nicht aufhalten lassen wollen. Kemal Pascha hat eine Proklamation an das türkische Volk erlassen, in der er erklärt, daß der Mut, die Schnelligkeit und die Heldenhaftigkeit der türkischen Armee es ermöglicht haben, den größten Teil des grausamen und hochmütigen Feindes zu vernichten. Der Aufruf schließt mit den Worten: „Unsere Nation kann Vertrauen in die Zukunft haben und wir können sicher sein, daß unsere Armee zu dem Triumph den Weg finden wird, den sie sich vorgezeichnet hat.“ — Dieser Weg führt nach offenen Drohungen des Parlaments von Angora nach Adrianopel und Konstantinopel und damit zur Verdrängung der Verbündeten, vielmehr Englands, aus seiner Vormachtstellung an den Dardanellen.

Die Gegenmaßnahmen Englands.

Auf Veranlassung der englischen Regierung haben die alliierten Kommissare in Konstantinopel der

Angora-Regierung mitgeteilt, daß die Alliierten, unter keinen Umständen irgend eine Verletzung der neutralen Zone, die den Bosphorus und die Dardanellen einschließt, durch die kemalistische Armee dulden werden. Nach englischen Meldungen aus Konstantinopel werden sich zur Hervorhebung der Solidarität (?) der Alliierten französische und italienische Truppen auf Befehl der alliierten Generale den britischen Truppen auf der Ismid-Halbinsel und der asiatischen Küste der Dardanellen anschließen. Britische Kriegsschiffe sind in Tschanal an der engsten Stelle der Dardanellen eingetroffen. Britische Verstärkungen mit Artillerie sind von Malta aus unterwegs. Diese Aktion der Generale der Verbündeten werde eine baldige Erklärung der alliierten Regierungen folgen. Französische Truppen hätten sich nach Brussa, das immer noch von den Griechen gehalten wird, begeben um die dortigen Christen zu schützen und die Verletzung von Eigentum zu verhindern.

Türkische Angriffe auf Ausländer.

Wie die Londoner Blätter melden, ist infolge der Entfaltung des türkischen Krieges durch den kemalistischen Sieg in Kleinasien ein erster Angriff von türkischen Agitatoren auf Ausländer, einschließlich Engländer, in Pera, dem Europäerviertel von Konstantinopel, unternommen worden, bei dem mehrere Personen ums Leben kamen. Die Fenster zahlreicher britischer und französischer Kaufhäuser im britischen Viertel wurden zertrümmert. Die Polizei war machtlos. In Smyrna kam es nach dem Einmarsch der Türken verschiedentlich zu Schießereien und Plünderungen. Mit Unterstützung englischer Matrosen gelang es dem türkischen Oberbefehlshaber, die Ordnung wiederherzustellen.

Eine amtliche Meldung des türkischen Hauptquartiers besagt, daß die Stadt Uschal von den Griechen eingeschloßen worden sei, ebenso eine große Anzahl Dörfer in der Umgebung.

Der Kampf um die Meerengen.

In knapp sechs Wochen haben die Türken unter Führung Kemal Paschas in unaufhaltbarem Siegeszug die Griechen aus Kleinasien verdrängt und schicken sich jetzt an, Konstantinopel und Thrazien zurückzuerobern. Daburch ist die Orientfrage in ihrer ganzen Größe wieder aufgerollt, vor allem aber die Frage der Meerengen von Konstantinopel, die England als eine Lebensfrage seiner Orientpolitik betrachtet.

In London ist man über die überraschende Wendung im Orient höchst beunruhigt. Die englische Presse rechnet damit, daß die kemalistischen bereits in wenigen Tagen den Vormarsch auf Konstantinopel antreten werden. Sie verkennt nicht die ungeheure Tragweite einer Besetzung Konstantinopels durch Kemal Pascha und erinnert im Zusammenhang damit an die schweren Niederlagen, die die englische Diplomatie in der letzten Zeit im Orient erlitten hat. Großbritannien hat sich schon aus Persien und aus dem Kaukasus zurückziehen müssen, und wenn es nun auch aus seiner Vormachtstellung aus den Dardanellen verdrängt werden sollte, dann fürchtet man in London, daß die ganze islamitische Welt damit zur Ueberzeugung kommt, die Stunde des britischen Reiches habe geschlagen und der Tag der Befreiung der Mohammedaner von dem englischen Joch sei gekommen. Vor allem fürchten die Engländer für Indien, wo man die Nachricht von dem Sieg der Türken über die Griechen mit großer Begeisterung aufgenommen hat.

Die englische Regierung hat die große Gefahr in vollem Umfang erkannt und ist entschlossen, unter keinen Umständen zuzulassen, daß sich eine kemalistische Regierung in Konstantinopel festsetze. Englische Truppen sind bereits nach dem Abzug der Griechen an der asiatischen Seite der Dardanellen gelandet worden. Die gesamte englische Mittelmeerflotte ist in den Gewässern von Konstantinopel und Smyrna versammelt. Andere Schiffe mit erheblichen Verstärkungen und Kriegsmaterial für die britischen Orienttruppen sind auf dem Wege dahin. Da Mustafa Kemal Pascha sich durch diese Maßnahmen in seinem Vormarsch auf Konstantinopel kaum aufhalten lassen wird, ist anzunehmen, daß es bald zu schwereren Zusammenstößen zwischen Engländern und Türken kommen wird.

Der Orientkonflikt dürfte aber noch bedeutend weitere Kreise ziehen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß der Sieg Kemal Paschas nur durch die französischen-italienischen Waffenlieferungen ermöglicht worden ist. Französische Tanks und italienische Geschütze haben den Ausgang der anatolischen Schlacht zugunsten der Türken entschieden, denen die von den Engländern weniger reichlich bedachten Griechen nicht gewachsen waren. Und auch jetzt wieder, wo England mit eigenen Truppen die „Freiheit“ der Meerengen gegen die Türken verteidigen will, steht Frankreich seinen Schützlingen hilfreich zur Seite. Sofort nach Bekanntwerden der Landung britischer Truppen an der Küste des Marmarameeres haben die Franzosen ebenfalls einige Truppenabteilungen entsandt, die einem bewaffneten Zusammenstoß zwischen englischen und türkischen Streitkräften kaum tatenlos zusehen dürften. Schließlich darf man nicht vergessen, daß die Regierung von Angora sich in Rußland einen Bundesgenossen gesichert hat, der an der Freiheit der Meerengen mindestens ebenso stark interessiert ist wie England und den Türken den vollen souveränen Besitz von Konstantinopel vertraglich zugesichert hat.

Die Lage im Orient ist also äußerst gespannt. Ja, wenn sich die Alliierten nicht bald über eine gemeinsame Meerengenpolitik verständigen, so sehen wir, wie die englische Presse unverhüllt erklärt, am Vorabend eines neuen Krieges.

Nach den bisherigen Erfahrungen wird man allerdings annehmen müssen, daß auch diesmal wieder eine Verhängung auf Kosten Deutschlands zustande kommen wird. Die Pariser Presse spricht schon davon, daß Frankreich bereit sei, die Notwendigkeit einer Sicherung des indischen Landweges für England anzuerkennen und für die Freiheit der Meerengen einzutreten, England müsse nun auch die Notwendigkeit einer Sicherung Frankreichs

retisch am Rhein einsehen. Da nach den neuesten Meldungen auch Kemal Pascha bereit sein soll, die volle Freiheit der Meerengen zu garantieren, allerdings nur unter voller uneingeschränkter Souveränität über Konstantinopel, wird sich England wohl zu einer Verständigung auf dieser Grundlage bereit finden lassen, wobei Deutschland letzten Endes wieder der einzig Leidtragende sein wird.

Politische Rundschau.

Berlin, den 13. September 1922.

— Im Reichstag konstituierte sich der Untersuchungsausschuß gegen den Reichswehrminister Dr. Geßler.

— Der deutsche Industrie- und Handeltagsrat wird am 13. September in Berlin eine Vollversammlung abhalten.

— Der Wiederaufbau-Vertrag Stinnes-Luberau wird entweder noch in dieser oder sonst im Laufe der kommenden Woche der Reparationskommission zur Begutachtung vorgelegt werden.

— Der Reichstagsabgeordnete Exzellenz Dr. Dürin, der vor kurzem aus der Deutschen Nationalen Reichstagsfraktion ausgetreten ist, ist jetzt zur Deutschen Volkspartei übergetreten und hat sich der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei angeschlossen.

— Deutsche Protestnote gegen die polnischen Anschuldigungen. Vor einigen Tagen hat die polnische Regierung dem Völkerbund eine Note zugehen lassen, in der sie eine Reihe heftiger Anschuldigungen gegen deutsche Regierungsorgane wegen angeblicher Unterdrückung der polnischen Minderheiten in Deutsch-Oberschlesien und Preußen und im übrigen Deutschland richtet. Die deutsche Regierung hat daraufhin dem Völkerbund ebenfalls eine Note überreicht, in der sie hinsichtlich Oberschlesiens, an dessen Minderrechtsschutz allein ein Interesse des Völkerbunds gemäß dem Genfer Abkommen besteht, betont, daß sie die fraglichen Vorwürfe als in jeder Weise unbegründet und haltlos zurückweisen muß. Die deutsche Regierung behält sich vor, dem Völkerbund eingehendes Material vorzulegen, aus dem die Haltlosigkeit der polnischen Behauptungen hervorgeht, was übrigens auch durch das Zeugnis des Präsidenten Calonder nachzuweisen ist. Im übrigen muß die deutsche Regierung daran festhalten, daß die Beschwerden polnischer Minderheiten auf dem durch das Genfer Abkommen vom 15. Mai 1922 vorgezeichneten Finanzwege erledigt werden.

— Der Uebertritt des Kaisers nach Holland. Die „Deutsche Wochenzeitung für Niederlande“ veröffentlicht einen vom 22. Juli ds. Js. datierten Brief Hindenburgs an den Kaiser, in dem er abermals hervorhebt, daß er für den von dem Kaiser am 9. November 1918 auf Grund des einstimmigen Vorschlages sämtlicher befugter Berater gefaßten Entschluß, ins Ausland zu gehen, die Mitverantwortung trägt. Es habe ernstlich die Gefahr gedroht, daß der Kaiser über kurz oder lang von Meuturern aufgehoben und dem inneren oder äußeren Feinde ausgeliefert würde. Solche Schmach und Schande müßte dem Vaterlande unter allen Umständen erspart werden. Aus diesem Grunde habe er im Vortrag am 9. November in aller Namen den Uebertritt nach Holland, den er damals übrigens nur für einen vorübergehenden gehalten habe, als äußersten Ausweg empfohlen. Noch heute sei er der Ansicht, daß dieser Vorschlag der richtige gewesen sei.

— Gegen den Verfall der Presse. Die in Magdeburg tagende Arbeitsgemeinschaft der städtischen Nachrichtenämter hat folgende Entschließung angenommen: „Die Arbeitsgemeinschaft der städtischen Nachrichtenämter nimmt mit lebhaftem Bedauern Kenntnis von der zunehmenden Rot der deutschen Presse, die sich in dem Sterben zahlreicher, vielfach alter und angesehener Zeitungen äußert. Die Arbeitsgemeinschaft bittet die Mitglieder auf Grund eigener Erfahrung den hohen Wert der Presse für unser gesamtes öffentliches Leben erkannt haben, bedauert es insbesondere auch, daß Staat und Reich keine wirksamen Maßnahmen ergreifen haben, eine weitere Verschärfung der Notlage zu verhindern. Die Arbeitsgemeinschaft erwartet mit Bestimmtheit, daß namentlich in den letzten Augenblick — Regierungen und Parlamente diejenigen Schritte unternehmen werden, die geeignet erscheinen, den deutschen Zeitungen die Fortexistenz zu ermöglichen.“

Der Reichspräsident hat den Vorstand des Vereins deutscher Zeitungsverleger zu einer Besprechung über die Notlage der Presse und der zu ihrer Verringerung geeigneten Maßnahmen empfangen.

— Das neue Arbeitszeitgesetz. Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates befaßte sich in seinen letzten Sitzungen mit der Begutachtung des Gesetzesentwurfs über die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter. Der Entwurf legt den Achtstundentag und die Achtundvierzigstundenvoche als Regel fest. Die Vorschriften des Gesetzes gelten für die in Gewerbebetrieben einschließlich des Handels und des Bergbaues beschäftigten gewerblichen Arbeiter (einschl. Lehrlinge) sowie für die mit ihnen in unmittelbarer Arbeitsgemeinschaft stehenden Betriebsbeamten; ferner für im Haushalt beschäftigte Arbeiter, soweit das Hausgehilfengesetz auf sie keine Anwendung findet. Alle Arbeitszeit in ununterbrochenen Betrieben wird die 56 Stundenwoche als Regel festgesetzt. In vielen Punkten konnte zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer keine Uebereinkunft erzielt werden. — Die endgültige Entscheidung über den Entwurf hat der Reichstag zu treffen.

— Sozialdemokraten und Gewerkschaftsvertreter beim Reichspräsidenten. Der Reichspräsident empfing am Montag eine Anzahl von sozialistischen Partei- und Gewerkschaftsvertretern zur Besprechung der politischen und wirtschaftlichen Lage. Die Arbeitervertreter wiesen den Reichspräsidenten auf den Ernst der Lage für die Arbeiterklasse hin und erhoben u. a. Einsprüche gegenüber dem Verhalten der Regierung bei der Behandlung der Getreideumlage. Der Reichspräsident und der Reichswirtschaftsminister, der ebenfalls zu gegen war, erklärten im einzelnen die Anhaltspunkte der Umlage und versicherten, daß die Umlage gerade zu die bevorstehende Erhöhung der Umlagepreise maßgebend sind. Im übrigen versprachen sie, ihr möglich-

